

Flucht: Forschung und Transfer

Policy Brief 09 | Juni 2018

Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete: Empfehlungen für eine nachhaltige Gestaltung

Serhat Karakayali

Empfehlungen

1. Ehrenamtliche sollten durch eine bessere soziale Infrastruktur entlastet werden.
2. Ehrenamtliche Initiativen müssen unbürokratisch an finanzielle Mittel gelangen.
3. Flüchtlinge sollten in die Arbeit der Initiativen eingebunden werden.
4. Die Bundesagentur für Arbeit sollte in ehrenamtlichen Kontexten entstandene Start-Ups zur Arbeitsvermittlung Geflüchteter gezielt fördern.
5. Initiativen sollten sich vernetzen, um sichtbarer zu werden. Kommunen sollten sie dabei unterstützen.
6. Fördereinrichtungen sollten Migrantenorganisationen stärker in die Förderpraxis einbinden und deren Arbeit damit sichtbarer machen.

Hintergrund

Parallel zum Anstieg der Ankunftszahlen Geflüchteter in Deutschland 2014/15 entwickelte sich die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten von einem Rand- zu einem Massenphänomen. Eine heterogene Bewegung, die große Teile der Bevölkerung umfasste, engagierte sich in unterschiedlichen Phasen des Ankommens von der Erstaufnahme in Deutschland über Hilfestellung bei Behördengängen, und Spracherwerb bis zur Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Entgegen erster Erwartungen nahm die Zahl der Engagierten in den Folgejahren nicht ab, und ihre Sozialstruktur diversifizierte sich weiter.

Seit dieser Zeit bildet sich ein Forschungsfeld zu ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete heraus, das bislang vor allem Arbeiten aus den sozialwissenschaftlichen Disziplinen umfasst. Schwerpunkte der bisherigen Studien lagen etwa

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

auf dem Zusammenspiel zwischen Engagement, Zivilgesellschaft und staatlichen Behörden, sowie den Veränderungsprozessen, denen die verschiedenen Akteure durch ihre Interaktionen ausgesetzt sind. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Spannungsverhältnis zwischen aktivistischen und herkömmlichen Formen des Engagements. Untersucht wurde bisher ebenfalls die Soziodemographie der Ehrenamtlichen, darunter auch die Rolle von MigrantInnen und ihren Organisationen, sowie klassische Fragen nach der Motivation ehrenamtlichen Handelns.

Die hier vorgelegten Handlungsempfehlungen beruhen auf den Erkenntnissen eines Berichts über den Stand der Forschung zu ehrenamtlichem Engagement für Flüchtlinge in Deutschland. Sie stützen sich zudem auf die Ergebnisse eines Workshops vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) in Verbindung mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt Universität zu Berlin am 9.11.2017 in Berlin, an dem sowohl WissenschaftlerInnen als auch PraktikerInnen aus dem Feld teilnahmen. Der Bericht stellte die Breite der Befunde dar, die aufgrund der diversen methodischen Zugänge und theoretischen Perspektiven zu recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Da das Forschungsthema insgesamt jung ist, steht für viele Annahmen noch eine gründlichere Prüfung aus. Auch insofern beruhen die hier vorgelegten Empfehlungen auf Tendenzen, die sich in der Forschungsdiskussion erst abzeichnen.

Empfehlungen

1. Entlastung von Ehrenamtlichen durch bessere soziale Infrastruktur

Ehrenamtliche müssen dort entlastet werden, wo staatliche Stellen Leistungen erbringen sollten. Ein großer Teil der ehrenamtlichen Arbeit wird für Aktivitäten aufgewandt, die nicht in den typischen Bereich ehrenamtlichen Engagements gehören – etwa für Behördengänge (insbesondere Sozialämter, Jobcenter, Ausländerbehörde) und Sprachunterricht. Weil sie teilweise staatliche Aufgaben ausgleichen müssen, schränkt dies ihre Möglichkeiten ein, eine zivile Willkommensgesellschaft aufzubauen. Dazu gehört, dass sich Behörden interkulturell öffnen sollten, aber auch eine weniger restriktive Gestaltung der Zugangsregeln für Sprachkurse. Insbesondere Ehrenamtliche in kleineren Gemeinden bzw. im ländlichen Bereich erbringen solche Leistungen in erheblichem Umfang. **Bund und Länder** müssen dafür Sorge tragen, dass auch in ländlichen Gebieten eine ausreichende soziale Infrastruktur zur Versorgung Geflüchteter zur Verfügung steht.

2. Niedrigschwellige Förderung von Freiwilligen-Initiativen

Insbesondere kleinere Initiativen benötigen niedrigschwellige Förderungen zur Deckung alltäglich anfallender Kosten. Oftmals geht es um geringfügige Summen für Sachmittel (etwa die oft anfallenden Fahrdienste). **Öffentliche und private Fördereinrichtungen** sollten Finanzierungsprogramme aufstellen, bei denen nicht immer nur der Innovationscharakter und eine zweijährige Laufzeit im Vordergrund stehen, sondern die auch kleinen, informellen Gruppen die Annahme von Spendengeldern ermöglichen oder unbürokratisch Fahrtkosten erstatten.

Eine niedrigschwellige Förderung ist bspw. durch Stadtteilstiftungen möglich, wie es sie bereits in einigen deutschen Gemeinden gibt. Die Stadtteilstiftungen sollen es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, in ihrem Stadtbezirk Gelder für konkrete Projekte selbst zu verwalten. Diese Struktur ermöglicht es auch kleineren Initiativen ohne entsprechende Rechtsform, an finanzielle Förderung zu kommen.

3. Wege in die Bürgerschaft fördern

Viele Initiativen geben an – je nach vorliegenden Kompetenzen und Qualifikationen – Flüchtlinge in ihre Arbeit einzubinden. Ein solches Engagement kann auch den Weg für andere Formen politischen oder bürgerschaftlichen Engagements ebnen. **Politische Stiftungen und die Bundeszentrale für politische Bildung** könnten Initiativen dabei unterstützen, Flüchtlinge auch in ihre Arbeit einzubinden. So würde Integration erprobt, die über das Lernen der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland in den Integrationskursen hinausgeht. Zugleich sollten die Strukturen der politischen Bildung dafür genutzt werden, auch die Kompetenzen Geflüchteter systematischer einzubringen.

4. Wege in den Arbeitsmarkt fördern

Die Einbindung Geflüchteter in ehrenamtliche Aktivitäten ist für diese auf vielfältige Weise für den Zugang zum Arbeitsmarkt hilfreich. Ehrenamtliche unterstützen Geflüchtete nicht nur beim Erlernen der deutschen Sprache, oft vermitteln sie auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Beides sollte daher auch gezielt für weiterbildende Maßnahmen und direkte Einstiege in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Aus einigen Willkommens-Initiativen sind bereits Start-Ups entstanden, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt vermitteln. Die **Bundesagentur für Arbeit** sollte die Brückenfunktion von in ehrenamtlichen Kontexten entstandenen Start-Ups evaluieren und darauf aufbauend ein Förderprogramm auflegen.

5. Vernetzung und Präsenz vor Ort stärken

Die unterschiedlichen Organisationen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe sollten sich besser vernetzen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. „Materielle“ Forderungen nach finanzieller Unterstützung können so mit politischen Forderungen nach größerer Anerkennung der freiwillig geleisteten Arbeit verbunden werden. Initiativen sollten als gemeinsamer Akteur gegenüber den Kommunen auftreten und diese in die Pflicht nehmen. Davon profitieren auch die **Kommunen**, für die es von Vorteil ist, feste Ansprechpartner zu haben.

Darauf aufbauend sollten Kommunen verstärkt niedrigschwellige Begegnungsräume schaffen. Damit sorgensowohl für eine Nachhaltigkeit der Angebote – hierfür können etwa bestehende Parallelstrukturen genutzt werden (Nachbarschaftstreff, Müttercafé, etc.) – als auch für die bessere Sichtbarkeit und Präsenz des zivilen Engagements.

6. Migrantenselbstorganisationen sichtbar machen

In der öffentlichen Debatte ist das ehrenamtliche Engagement von Migrantenselbstorganisationen insbesondere im Kontext der Flüchtlingsarbeit kaum sichtbar. Oft entsteht der Eindruck, es engagierten sich vor allem Herkunftsdeutsche (ohne Migrationshintergrund). Wer wen willkommen heißt, sagt aber auch etwas darüber aus, wer sich wo „zuhause“ fühlt. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, wenn Migrantenselbstorganisationen von **Behörden und Förderinstitutionen** in die gemeinsame Arbeit bzw. die Förderungspraxis einbezogen werden.

Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Forschungsprojekt

Seit dem Beginn des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik 2011 ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise in Politik, Administration, Praxis, Medien und Öffentlichkeit kontinuierlich gestiegen. In diesem Kontext ist die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der geringe Grad an Aufbereitung wissenschaftlicher Herangehensweisen und Einsichten sowie der mangelnde Transfer der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politischen und öffentlichen Debatten. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt drei Ziele:

1. die Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft,
2. die Bündelung der Wissensbestände und
3. den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit.

Hierzu ist eine umfassende Datenbank zu relevanten Forschungsprojekten erstellt und mit einer interaktiven Forschungslandkarte zugänglich gemacht worden. Zudem werden in zehn Themenbereichen, von Fluchtursachen über Gewalterfahrungen und (Im)mobilität bis zur (Re-)integration von Flüchtlingen, der Forschungsstand aufbereitet und Handlungsempfehlungen entwickelt. Workshops und Tagungen mit Wissenschaftlern sowie mit Vertretern aus Politik, Praxis und Medien dienen der Vernetzung und dem Transfer der Forschungsergebnisse. Das Vorhaben führt also das verfügbare Wissen zusammen und bietet weiterführende Perspektiven der Erörterung und Aufklärung des wissenschaftlichen Problems Flucht. Darüber hinaus bereitet es wissenschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse für die politische, mediale und öffentliche Debatte auf.

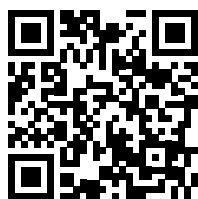
Laufzeit: 01. Juni 2016 – 31. Mai 2018

Kontakt

Flucht: Forschung und Transfer
J. Olaf Kleist

IMIS / Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
D – 49069 Osnabrück

Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de



www.flucht-forschung-transfer.de



GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**